

Politik ohne Ergebnisse

Zu: „We are in a crisis“, FR-Titel vom 20. September

Wenn ich die Diskussionen unserer Politiker verfolge, wie die katastrophale Klimaveränderung verhindert werden soll, und die mageren Ergebnisse bzw. Nichterfolge ihrer Überlegungen betrachte, gewinne ich folgenden Eindruck: Alles soll anders werden, aber nichts soll sich verändern. Die Politiker und Politikerinnen glauben also an Wunder. Oder unsere Politiker und Politikerinnen glauben nicht an die Ernsthaftigkeit einer Klimaveränderung. Sie stimmen mit vielen anderen Politikern überein, denen durch Menschen verursachte Klimaverschlechterung nicht in den politischen Kram passt und ihn laut verleugnen. Unsere Politiker verleugnen leise. Sie verweigern Schritte zur Katastrophenvermeidung, weil diese nicht in die Vorstellungen einer „freien“ marktorientierten Wirtschaft passen.

Das ist das Wesen einer Katastrophe: Sie passt nicht, kommt aber trotzdem. Noch nie was von Katastrophenschutz gehört?! Die schädliche Klimaveränderung, an der wir ein gerütteltes Maß Anteil haben, wird kommen. Entscheidungslose Politik wird sie nicht verhindern, die Folgen eher verschlimmern. Gut, dass es junge und zunehmend auch ältere Menschen gibt, die immer wieder darauf aufmerksam machen.

Unsere Generation aktiver Politiker und Politikerinnen wird die eigentliche Dramatik der Klimaveränderung nicht mehr erleben. Aber sie werden Schuld haben, dass die Jungen darunter zu leiden haben.

Peter Scheuermann, Hofheim

Diskussion: frblog.de/klimastreik

Vorrang für Autoverkehr

Zu: „Wunsch nach weniger Autos in der Stadt“, FR-Regional vom 4. September

Verkehrsdezernent Oesterling ist seit drei Jahren im Amt und kann immer noch kein Konzept vorlegen, sondern setzt auf Einzelmaßnahmen. Das nenne ich frech: Was hat er in seiner bisherigen Amtszeit eigentlich gemacht? Wer sich das Foto der Berliner Straße anschaut, muss erkennen, dass dem Autoverkehr 90 Prozent der verfügbaren Fläche zusteht. Alle anderen werden an den Rand gedrängt. Und wenn Herr Oesterling Einzelmaßnahmen vorzieht, soll er an dieser Kreuzung nach links schauen. Die Busspur zwischen Alter Brücke und Rechnergraben wurde wegmarkiert. Also stehen auch die Busse mit im Autostau.

Wann wird der Verkehrsdezernent endlich seine Arbeit beginnen und Konzepte für die nächsten zwei, fünf und zehn Jahre vorlegen? Wir müssen wohl leider noch warten – oder hoffen auf einen kompetenten Nachfolger (m/w/d). Kai Hartmann, Frankfurt

SUVs sind eine Belastung für die Stadt und die Menschen

IAA: „Visionärer Protest“, FR-Titel vom 16. September, und „Attacke auf OB“, FR-Regional vom 19. September

Merkels Fehlpolitik und politisches Versagen

Frau Merkel auf der IAA in Frankfurt am Main! Statt sich um die von ihr angerichteten, ausgesessenen und versäumten Investitionen sowie Maßnahmen zu kümmern, um die Probleme im Lande zu lösen. Es ist doch mittlerweile unübersehbar, wie sich in großen Teilen der Bevölkerung soziale gesellschaftliche Probleme, Verwerfungen und große Sorgen aufbauen. Es würde hier zu weit führen, diese Probleme alle aufzuzeigen: Wohnungsmarktsituation mit nicht mehr zu bezahlenden Mieten, hohe Energie/ Stromkosten und Nebenkostenbelastungen die mit dazu beitragen, dass die Armut in Deutschland, wie auch von der Bertelsmann-Stiftung aufgezeichnet, weiter rasant zunimmt.

Zum Thema Auto, Infrastrukturen, Verkehrspolitik, Klimaschutz ganz zu schweigen. Was ist mit den Dieselpromotoren? Diese Bundeskanzlerin spricht nicht über manipulierte Fahrzeuge! Betrifft ja auch nur den „kleinen Mann“. Sie war, das steht heute fest, rechtzeitig informiert. Das haben die Bürger selber zu lösen – das ist ihr Credo wie in vielen anderen Vorgängen ihrer Politik. Mit diesem Wissen und Schweigen wurden Millionen von Bürgern über den Tisch gezogen!

Diese Bundeskanzlerin hat einmal geschworen, Schaden vom Volk fernzuhalten, aber in den letzten Jahren ihrer Amtszeit hat sie erkennbar mit ihrer Fehlpolitik – man muss es beim Namen nennen – und politischem Versagen im Gegenteil in vieler Hinsicht großen Schaden angerichtet. Armes Deutschland, kann man zu dieser Entwicklung nur sagen! Das Einzige, was Merkel noch zeigen kann, ist ihr müdes, erschöpftes Gesicht, als sie wieder für ihre Unterstützung einen großen Blumenstrauß zu empfangt. Also ein „Weiter so“.

Rudolf u. Irene Knapp, Lemmer (NL)

Feldmann muss Probleme ansprechen können

Frau Wiesemann und Herr Nägel von der CDU Frankfurt meinen, Herr Feldmann habe durch seine – nicht gehaltene – Rede zur Er-



Protest gegen die Internationale Automobilausstellung in Frankfurt.

AFP

öffnung der IAA der Stadt Frankfurt geschadet und sei deshalb als Aufsichtsratsvorsitzender der Frankfurter Messe nicht mehr tragbar. Vielleicht erwarten die beiden Politiker von Mitgliedern des Aufsichtsrats grundsätzlich Lobhudeleien zu jeder Ausstellung allein deshalb, weil sie von einer städtischen Gesellschaft ausgerichtet wird, die ihre Gewinne an die Stadt Frankfurt abführt.

Dass ein Mehr an Autoverkehr – und die Steigerung des Absatzes von PKW ist ja ein Ziel der IAA – den Interessen der Stadt Frankfurt dient, halte ich bei dem schon jetzt in Frankfurt stattfindenden Autoverkehr für abwegig. Insbesondere der Verkehr von SUVs in den Innenstädten mit allen Konsequenzen auch für den Parkraum ist eine Belastung in dieser Stadt. Dass die Fortschreibung des jetzigen Individualverkehrs, der auf der IAA auch propagiert wird, mit der für den Klimaschutz notwendigen Verkehrswende vereinbar ist, kann sicher nicht nur ich mir nicht vorstellen. An dieser Einschätzung ändert sich auch durch die auf der IAA vorgestellten Elektroautos nichts. Diese Probleme muss der OB der Großstadt Frankfurt selbstverständlich ansprechen können.

Sollten sich Frau Wiesemann und Herr Nägel daran gestört haben, dass der OB die Verantwortung für die Produkte der Autoindustrie bei ihren Herstellern abladen wollte und nicht bei den gutgläubigen Käufern der Produkte, so fällt mir nur ein, dass man in Befragungen von Passanten im Fernsehen noch wesentlich drastischere Worte zu dem unsäglichem Gebaren der Vorstandsmitglieder deutscher Automobilkonzerne hören konnte. Die Fahrverbote, die sich möglicherweise aus dem praktischen Handeln der Automobilindustrie ergeben, sind ein kommunalpolitisches Problem und damit zwangsläufig ein Thema für einen OB. All das muss der Frankfurter OB ansprechen können und die Automobilindustrie muss diese Worte ertragen können. Zumindest ich als Frankfurter Bürger erwarte das.

Volker Harms-Ziegler, Frankfurt

Zulasten der Menschen in der Region

Schau mal einer an. Da fordert doch der hessische CDU-Generalsekretär Manfred Penz den Rücktritt von Peter Feldmann als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Messe AG mit der Begründung, dem OB seien die Menschen in der Stadt und in der Re-

gion egal. Sehr geehrter Herr Penz, dann fordern Sie doch bitte mit der gleichen Konsequenz auch den Rücktritt von Ministerpräsident Volker Bouffier, der als Vertreter des größten Anteilseigners der Fraport AG seit Jahren tatenlos zusieht, wie der Flughafenbetreiber sein profitgetriebenes und nicht gemeinwohlorientiertes Geschäftsmodell rücksichtslos zulasten der Menschen in der Region und ihrer Gesundheit durchsetzt. Die jetzt beabsichtigte Anhebung der lärmabhängigen Flughafenentgelte von derzeit 200 Prozent auf 300 Prozent ab 1.1.2020 ist ein einziger Hohn in den Augen der lärmgeplagten Anwohner. Bouffiers Rücktritt ist aber auch deshalb längst überfällig, weil er in seiner Regierungserklärung vom 29. Februar 2012 den Menschen in der Region ohne Wenn und aber versprochen hat: „Es soll leiser werden – und: Es wird leiser!“ Es wird immer lauter. Ganz offensichtlich sind die Menschen in der Stadt und in der Region dem Herrn Ministerpräsidenten völlig egal. Hauptsache, der angebliche Herzmuskel pumpt, und wenn es Krach, Gestank und hochgefährlicher Ultrafeinstaub sind. Hans Schinke, Offenbach

Diskussion: fr.blog.de/iaa

Wir brauchen Radwege, die diesen Namen verdienen

Zu: „Fixierung auf Auto nicht mehr zeitgemäß“, FR-Regional vom 17. September

Fahrradfahren hält fit, schont die Umwelt, macht Spaß – wenn es auch sicher und auf geeigneten Radwegen statt findet. An den Radwegen ist noch vieles zu bemängeln. Oft sind die zu schmal, unsicher an Kreuzungen, besonders wenn Ein- und Ausfahrten zu Autobahn oder Schnellstraßen die PKW verleiten, die Radfahrer zu übersehen oder sogar zu nötigen. So zum Beispiel an der Ludwig-Landmann-Straße, die ja eigentlich Teil einer Fahrrad-Schnellverbindung Bad Homburg – Oberursel – Frankfurt sein sollte.

Die Budgets zum Ausbau sind im Vergleich zu Mitteln für den allgemeinen Straßenbau sehr knapp. Da ist noch sehr vieles zu tun. Unverständlich ist, dass Geld eingesetzt wird, um überflüssige Doppelbeschilderungen vorzunehmen. Gibt es da Zuständigkeiten, die nicht koordiniert sind? Werkeln da Stadt Frankfurt und Regionalpark nebenher?

Das Geld wäre besser investiert, wenn Spurführungen an den gefährlichen Kreuzungen endlich einmal sicher und Rad- und fußgängergerecht ausgebaut werden könnten. Es geht besser,

wie die Kreuzungen am Industriehof/Ludwig-Landmann-Straße zeigen. Dort werden die Radfahrer nicht erst von den Fahrspuren weggeführt und damit für die Autofahrer auch manchmal hinter Grünanlagen versteckt, sondern deutlich sichtbar über die abbiegenden Fahrspuren geführt.

Gibt es auch hier wieder fehlende Abstimmungen oder Nicht-Handeln durch unklare Zuständigkeiten? Wer möchte ein Schulkind auf diesen Wegen schicken? Wie kann es für Kinder dann selbstverständlich wer-

den, mit dem Rad zu fahren? Es wäre zu wünschen, dass gute Planungen selbstverständlich werden und auch zügig umgesetzt werden. Ob dazu die Beträge ausreichen, die lautstark angekündigt werden?

Es ist zu wünschen, dass bald Radwege und Radschnellwege realisiert sind, die den Namen auch verdienen. Sicher und bequem sollten sie sein. Auch die eigenen Kinder sollte man ohne Sorgen auf diese Wege schicken können, damit der SUV in der Garage bleiben kann. Rüdiger Voerste, Steinbach